

Judith Dellheim/Gabi Zimmer

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im Angesicht von Corona.

Linke Analyse als Bedingung von Aktion

[Im Januar](#) hatten wir konstatiert, dass die Bundesregierung mit wenig Initiative, aber beträchtlichem Zeitverzug daran ging, ihre „Hausaufgaben“ in Sachen Ratspräsidentschaft zu machen. Daran hat sich einerseits nicht viel geändert. Andererseits hat Merkel mit ihren „Europa-Aktivitäten“ seit Mitte Mai Tatsachen geschaffen bzw. ermöglicht, die nunmehr die Agenda der deutschen EU-Ratspräsidentschaft prägen werden. Davor haben verschiedene Umweltorganisationen und zu Nachhaltigkeit arbeitende NGO mehr oder weniger explizit Positionen und Forderungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft formuliert. Dass wir diese diskutieren, liegt *zum einen* daran, dass es hierbei um den Umgang mit den wesentlichen Ursachen und Folgen der „Corona-Krise“ geht. *Zum anderen* gilt es 2020 auf allen politischen Ebenen zu evaluieren, inwiefern die zwei großen UN-Abkommen 2015 – zum Klimaschutz (Pariser Klimadeal) und zu den globalen Nachhaltigkeitszielen 2030 (SGD 2030) – erfüllt werden und was dafür verstärkt zu tun ist. Beide Abkommen können nicht konsequent realisiert werden, ohne sich radikal mit Gewalt gegen die Menschen auseinanderzusetzen und damit insbesondere mit Rüstung, Waffeneinsatz und Krieg. Das veranlasst uns zur Auseinandersetzung mit dem Standpunkt „[Deterrence and Defense in Times of COVID-19](#)“ (Abschreckung und Verteidigung in Zeiten von COVID-19), der auf die Ratspräsidentschaft orientiert. Unsere zentrale These ist, dass die Bundesregierung insgesamt ihre Ratspräsidentschaft bisher keineswegs so vorbereitet hat, dass der Europäische Rat motiviert wird, den erforderlichen Beitrag der EU und ihrer Mitglieder zur Realisierung der großen UN-Abkommen aus dem Jahre 2015 und damit auch zur Bekämpfung der Ursachen von Pandemien zu erbringen. Aber die deutsche Ratspräsidentschaft droht, die Militarisierung der EU zu forcieren und patriarchale Verhältnisse neu zu festigen. Das wird von Akteuren der Umwelt-, Nachhaltigkeits- und Friedensbewegung genauso gesehen, was von Neuem für zielgerichtetes linkes Engagement zur verstärkten bündnispolitischen Kooperation spricht. Darauf fokussieren unsere Schlussfolgerungen, die sich nicht erst zuletzt auf den Beitrag des IfG „[Ein Gelegenheitsfenster für linke Politik](#)“. Wie weiter in und nach der Corona-Krise“ stützen.

1. Bisher wenig ambitionierte Vorbereitung der Bundesregierung auf die Ratspräsidentschaft

Wenn die Kanzlerin in ihrem [Podcast vom 25. April](#) erklärt, die Corona-Epidemie habe Planänderungen für die Präsidentschaft erzwungen, ist also zum einen festzuhalten, dass diese Planung zuvor nicht sehr engagiert betrieben wurde. Zum anderen ist zu sagen, dass die Bundesbehörde Robert-Koch-Institut (RKI) seit Jahren eine von Tierviren in Asien ausgehende Epidemie prognostiziert hatte und recht früh wegen COVID-19 alarmierte. Dass die EU-Institutionen und die Bundesregierung auf Prävention und spätestens seit Jahresende auf Aktionen zum Schutz der in der EU Lebenden und zur Bekämpfung der globalen Pandemie gedrängt haben, ist uns nicht bekannt. Das aber ist eine Aufgabe im Rahmen der SGD 2030. Ende April zu verkünden, dass die am 1. Juli 2020 beginnende EU-Ratspräsidentschaft von „der Bekämpfung der Pandemie und ihrer Folgen ganz klar geprägt sein“ werde, lässt daher Ironie

aufkommen. Erst recht, wenn es dann vage hieß: „wir müssen sehen, dass wir für die wirtschaftliche Ertüchtigung Europas etwas tun, dass wir für den sozialen Zusammenhalt etwas tun, dass wir an die Zukunft denken – und das sind die Klima- und Umweltfragen ... Wir werden die Klimafragen genauso auf der Tagesordnung haben wie die Gesundheitsfragen. Es wird sich die Frage stellen, wie können wir ein leistungsfähiges europäisches Gesundheitssystem in allen Mitgliedsstaaten aufbauen? Und es wird sich die Frage stellen, wo können wir besser zusammenwachsen und vielleicht uns auf bestimmte Dinge einigen? Zum Beispiel auf eine Finanztransaktionssteuer, auf Mindeststeuern, auf die Frage eines gemeinsamen Emissionshandels im Bereich der Schiffe oder Flugzeuge. All das sind Fragen, die wir diskutieren werden in der deutschen Präsidentschaft.“ Diese Themen sind seit mehr als 30 Jahren auf der Agenda. Sie endlich in wirksame Praxis umzusetzen, verlangt zumindest eine entschiedene Ansprache und vor allem konkrete Aussagen zu Schlussfolgerungen und zu politischen Vorhaben. Von den Geflüchteten auf den griechischen Inseln und insbesondere von den unbegleiteten Minderjährigen war bei Merkel keine Rede. Auch nicht von jenen Geflüchteten in Griechenland, denen Asyl gewährt wird und die noch immer darauf warten müssen, in einem anderem EU-Land Aufnahme zu finden. Könnten sie endlich gehen, würden auch Unterkünfte für andere Geflüchtete ohne Asylstatus frei. Solche Probleme bleiben ebenso marginalisiert in dem 18 Seiten langen Dokument zur Ratspräsidentschaft, das das Auswärtige Amt an alle Ministerien geschickt hat. Es stellt eine einfache Sammlung von Vorschlägen dar, allerdings auch von sehr gefährlichen. So will die Bundesregierung den Mercosur-Freihandelsvertrag mit südamerikanischen Staaten [zur Annahme verhelfen](#). Dieser aber wirkt der öffentlichen Gesundheit, dem Schutz des Klimas und den SGD 2030 entgegen. In dem Papier wird gesagt, dass in der „Corona-Krise“ der „Gesundheitssektor“ an Gewicht gewinnt. Das heißt aber nicht, dass ein neues und vor allem anderes Verständnis von „Gesundheit“ und „Gesundheitspolitik“ und eine andere Verteilung von Aufgaben und Kompetenzen angestrebt werden. Wie dringlich dies ist, zeigen die Gesundheitssysteme, welche Gegenstand neoliberaler „Modernisierung“ gewesen sind und die als Opfer der jahrzehntelangen Austeritätspolitik zu begreifen sind. „Im Hinblick auf das Kommissionsvorhaben einer neuen europäischen Arzneimittelstrategie, wollen wir im Rahmen unserer Ratspräsidentschaft konkrete Maßnahmen diskutieren, wie Lieferengpässe bei Arzneimitteln in der EU verhindert, Lieferketten sichergestellt und Abhängigkeiten bei der Wirkstoffherstellung vermieden werden können“, ist in dem [Dokument zu lesen](#). So solle die globale Konkurrenzfähigkeit des Pharmasektors gestärkt und „der Zugang zu innovativen Medikamenten“ gesichert werden. Konkurrenz aber schafft nicht Gesundheit. Doch in der Logik der Herrschenden muss sich das Leben von Menschen für die Wirtschaft rechnen. Die Regierenden setzen auf Digitalisierung wiederum unter den Zielsetzungen von Konkurrenzfähigkeit und „Sicherheit“ und auch dieser Schwerpunkt für die deutsche Ratspräsidentschaft ist dementsprechend angelegt. Den von Euractiv zitierten Quellen zufolge soll der Fokus auf Datenpolitik, künstlicher Intelligenz und auf dem zu forcierenden digitalen Binnenmarkt liegen. Die EU müsse „forschungsstark“ werden. Den Risiken künstlicher Intelligenz solle dadurch begegnet werden, dass Grundrechte geschützt würden, auch und insbesondere bei der Verarbeitung von Gesundheitsdaten. Die „European Data Governance“ solle vorangebracht werden, um gemeinsame Regeln für die Datennutzung z. B. in der Landwirtschaft oder im Verkehr zu vereinbaren. Die Plattform-Ökonomie solle durch Haftungs- und Sicherheitsvorschriften einheitlicher werden, ebenso der Schutz geistigen Eigentums, um „faire Zugangsrechte sicherzustellen und Kreativität zu fördern“. Allerdings ist bekanntlich nachgewiesen, dass diese geistigen Eigentumsrechte zuungunsten der ökonomisch Schwächeren und Schwachen wirken. Das macht die Bekämpfung von Seuchen

und Krankheiten noch zusätzlich drastisch schwerer und die Patentierung natürlicher Organismen für Millionen Menschen geradezu lebensgefährlich. Die konzipierte Schaffung eines „Digital Diplomacy Networks“ zwischen den Außenministerien der EU-Mitgliedsstaaten unter Führung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) ändert daran leider nicht viel. Die in den Medien zu lesende Kritik des Papiers aus dem Außenministerium lässt Außenminister Heiko Maas wohl eher kalt. Zum Europatag am 9. Mai sagte er nur: „Als größter Mitgliedsstaat waren die Erwartungen an unsere Präsidentschaft schon vor der Krise riesig, jetzt sind sie nochmal gestiegen ... Wir müssen die Pandemie mit möglichst gut abgestimmten Maßnahmen im Griff behalten und gleichzeitig die wirtschaftliche Wiederbelebung Europas aufs Gleis bringen.“¹ Und dann seien da die „Pflichtthemen“: die Verhandlungen mit Großbritannien und die Planungen für den EU-Haushalt für die Jahre 2021 bis 2027, zu denen Maas bemerkt: "Jede dieser Mammutaufgaben würde in Normalzeiten für eine EU-Präsidentschaft ausreichen - ganz ohne Corona" und: "Gleichzeitig wollen wir auch bei strategisch wichtigen Themen wie Klimawandel, Flucht und Migration, Rechtsstaatlichkeit und Digitalisierung gemeinsame Weichenstellungen vornehmen". Was dabei die demokratischen, sozialen und ökologischen Mindeststandards sein sollten, sagte er allerdings nicht. Er stellte nicht einmal diese Frage.

2. Keine konstruktive Auseinandersetzung mit dem European Green Deal

Offenbar ist der – keineswegs als solcher auf sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung zielende – European Green Deal (EGD) der Europäischen Kommission für die deutsche Regierung bisher noch zu anspruchsvoll. Bis auf die für die Autoindustrie(!) relevante [Wasserstofftechnologie](#) scheint sie – nach dem 18seitigen Papier – ihre Präsidentschaft weder dafür nutzen zu wollen, von der Leyens EGD – wo erforderlich – radikal zu kritisieren, zu ergänzen oder zu untersetzen. Die EGD-Ansätze zum Ausbau der erneuerbaren Energien, zur CO₂-Bepreisung, zum Subventionsabbau bei Treibstoffen, zur energetischen Sanierung von Gebäuden und zur Verlagerung von Gütern auf die Schienen und Wasserstraßen sind aber sehr wohl energisch zu forcieren. Die bisherigen Pläne zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in Sachen Schutz des Klimas und der Biodiversität sind hingegen völlig unspezifisch und z.T. sogar kontraproduktiv. Obwohl Corona wesentlich mit dem Verlust an biologischer Vielfalt verbunden ist, drängt bisher die Bundesregierung de facto nicht auf eine Festlegung von wirksamen und kontrollierbaren Zielen zum Schutz der Biodiversität. Folglich findet sich auch noch nichts Vorwärtsweisendes zu Sanktionen bei Verstößen gegen den Umwelt- und Naturschutz. Ungeachtet der Wald- und Waldbrandprobleme in der EU und im eigenen Land fehlt weiterhin eine klare Orientierung der Bundesregierung auf den Schutz der Naturwälder in der EU, auf eine ökologisch verantwortungsvolle, naturnahe Forstwirtschaft und auf eine Wiederaufforstung mit heimischen Arten². Aus der Sicht des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), des ökologischen Verkehrsclubs VCD sowie der Deutschen Umwelthilfe (DUH) sollte die Bundesregierung eine [zukunftsgerichte, ökologisch nachhaltige Verkehrspolitik](#) zu einem Schwerpunkt ihrer Ratspräsidentschaft erklären. Diese müsste helfen, deutlich früher als 2050 Klimaneutralität in der EU zu erlangen. Daher bestehe eine

¹ <https://www.finanzen.net/nachricht/aktien/maas-sieht-deutschland-vor-mammutaufgaben-in-eu-krisen-ratspraesidentschaft-8849352>

² siehe <https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/kommentar-mondlandung-ohne-bodenhaftung/>

zentrale Herausforderung darin, einen „verbindlichen Pfad für einen raschen Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energien im Verkehrsbereich“ zu entwickeln. „Emissionsfreie Antriebe als Eckpfeiler der europäischen Klima- und Industriepolitik“ sollten in diesem Kontext forciert werden und demgemäß sollte es nicht um eine Neuauflage der Abwrackprämie für jeglichen Autokauf gehen. „Energiesteuern und Straßennutzungsgebühren sollten ... an CO₂-Emissionen ausgerichtet und umweltschädliche Steuerprivilegien beendet werden. Während ihrer Präsidentschaft muss die Bundesregierung die Verkehrswende auch abseits der Straße voranbringen, etwa mit Impulsen für eine europäische Bahn- und Radverkehrspolitik.“(ebd.)

3. Offizielle „Nachhaltigkeit“ ist keine tatsächliche Nachhaltigkeit

Da es „vor Corona“ und auch „mit Corona“ der Bundesregierung weiterhin primär um Wachstum und das Wohl „der Wirtschaft“ geht, drängt sie in ihren Vorschlägen auch nicht auf einen dringlich erforderlichen Systemwechsel in der Handels- und Investitionsschutzpolitik. Sie offenbart kein Interesse daran, dass die Sonderklagerechte für Konzerne abgeschafft und in den Verhandlungen für bindende Standards für Unternehmen Fortschritte erzielt werden. Damit bleibt eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung global strukturell blockiert. In der Praxis bremsen die Kanzlerin und ihr Wirtschaftsminister Altmaier den Sozialminister Heil und den Entwicklungsminister Müller in ihren Bemühungen aus, deutsche Konzerne daran zu hindern, ihre Corona-bedingten Einbußen zu Lasten von Lieferanten in armen Ländern zu reduzieren. Altmaier will die Ratspräsidentschaft nutzen, um das Wettbewerbsrecht im Interesse von Global Playern mit Sitz in der EU zu verändern. Davon gewinnen auch und insbesondere solche mit Sitz in Deutschland oder mit bestimmender deutscher Beteiligung. Sein Agieren empört auch das Forum Umwelt und Entwicklung, das 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet wurde und die Aktivitäten von deutschen Nichtregierungsorganisationen in internationalen Politikprozessen zur nachhaltigen Entwicklung koordiniert. Es pflegt Kontakte zu Organisationen in Entwicklungsländern und stimmt sich mit internationalen Verbänden zu gemeinsamen Aktionen ab. Es hat vor Kurzem zum Stand der Umsetzung der 2015 vereinbarten Ziele für nachhaltige Entwicklung bis 2030 die folgende [Einschätzung](#) abgegeben: „Das Scheitern der ambitionierten, partizipativ erarbeiteten und vor nur fünf Jahren als Meilenstein der UN-Geschichte gefeierten Agenda 2030 scheint bereits jetzt weitestgehend akzeptiert zu sein. Das gilt auch für die Umsetzung in, durch und mit Deutschland – insbesondere hinsichtlich der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Politisch hat sie keine Relevanz, eine tatsächliche Lenkungswirkung ist nicht wahrnehmbar. Zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland stecken kaum Hoffnung in die diesjährige Überarbeitung der Strategie.“ Das Forum hat dann „in vier Kernpunkten“ formuliert, „was die Bundesregierung national wie auch international angehen muss, damit sie die Versprechen erfüllt, die sie mit der Agenda 2030 gegeben hat“. An diesen vier Punkten sollte sich also die deutsche EU-Ratspräsidentschaft mindestens messen lassen: *Erstens* geht es um die Umsetzung von Vereinbarungen. Die detaillierte Untersetzung zeigt eine starke Übereinstimmung zu den eben diskutierten Positionen und Forderungen des BUND und seiner Partner, darunter zur Abwrackprämie. *Zweitens* gelte es, endlich eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die Armut bekämpft, soziale Ungleichheit und patriarchale Verhältnisse schrittweise abbaut. In diesem Kontext fordert das Forum von der Bundesregierung, dass „sie sich eine vorausschauende Krisenpräventionspolitik im Gesundheits- und Pflegesektor zu Herzen nimmt und dort deutliche finanzielle und strukturelle Verbesserungen vornimmt ... Politische Konsequenz der COVID-19-Krise muss eine Re-Kommunalisierung des Gesundheits- und Pflegesektors sein, inklusive einer

deutlichen Lohnerhöhung des Pflegepersonals. Dies muss auch für andere Berufe umgesetzt werden, die zwar nun als systemrelevant eingestuft aber schon immer und weiterhin prekär bezahlt sind (u.a. Einzelhandel, Reinigungssektor, Kinderbetreuung).“ Da diese Herausforderung für alle EU-Mitglieder zu verallgemeinern ist, steht die Präsidentschaft vor der Herausforderung, entsprechende Rahmenbedingungen in der EU zu begünstigen. Die *dritte* Kernforderung des Forums wendet sich dagegen, eine ökologisch nachhaltige Entwicklung und insbesondere die Entwicklungspolitik zur Anlagesphäre für Finanzinvestoren zu machen. Die von der Finanzindustrie, den globalen und regionalen Finanzinstitutionen, wie etwa der Europäischen Investitionsbank, forcierte „Effektivierung“ des Ressourceneinsatzes setzt auf Kommodifizierung, Privatisierung und Finanzialisierung. Die Herrschenden in der EU wollen die bereits kritikwürdige „klassische Entwicklungsfinanzierung“ weiter neoliberal umbauen, – u.a. im Kontext eines neuen Marshallplans „nach Corona“ oder auch mit dem Compact „für“ Afrika. Privatisierungen bzw. öffentlich-private Partnerschaften stehen in diesen Konzeptionen an allererster Stelle. Es komme hingegen darauf an, über sozial gerechte und ökologisch wirksame Steuerreformen, sowie über die Bekämpfung von Steuerflucht und Finanzspekulation, die öffentlichen Haushalte für eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklungspolitik zu stärken. Das wäre ein wichtiges Thema für die Ratspräsidentschaft, ebenso der Beratervertrag zwischen der Europäischen Kommission und BlackRock hinsichtlich der Etablierung von klaren Umwelt-, Sozial- und Governance-Standards für den Finanz- und Anlagesektor. „Der Vertrag muss sofort aufgekündigt werden. Hier haben die Mitgliedstaaten wie Deutschland eine klare Verantwortung.“ Die *vierte* Kernforderung zielt auf einen „Neustart für die SDG-Umsetzung“. Das bedeutet konkret, das schon seit Jahrzehnten gescheiterte Prinzip der Freiwilligkeit in der Nachhaltigkeits- und Entwicklungspolitik durch gesetzliche Regeln und Sanktionen abzulösen, die Nachhaltigkeitsstrategie grundsätzlich zu überarbeiten und in die Kontrolle der Umsetzung verbindlicher Standards zivilgesellschaftliche Akteure einzubeziehen. Diesen Akteuren wird immer deutlicher, dass der Bekämpfung von Kriegen und bewaffneten Konflikten und der Konfliktprävention die oberste Priorität zukommen muss. ([Dazu UN-Chef Guterres](#)) .

4. Nachhaltigkeit ohne aktive Friedenspolitik ist eine Worthülse.

Laut einer Studie der Heinrich-Böll-Stiftung³ sehen nur knapp 51 Prozent der Befragten den finanziellen Beitrag Deutschlands für die EU als nicht zu hoch an. Für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft wünschen sie sich, dass die Bundesregierung vor allem auf Fortschritte in folgenden Bereichen hinwirkt: Klima- und Umweltschutz (etwas über 41 Prozent), Migration und Asyl (fast 39 Prozent), Rechtstaatlichkeit und Demokratie (etwa 30 Prozent). Befragt nach konkreten Vorhaben, befürworteten es etwa 39 Prozent, eine EU-Digitalsteuer einzuführen, 33 Prozent, das EU-Klimaziels zu erhöhen und ca. 27 Prozent, eine EU-Armee zu schaffen (S. 5-6 - die Seitenzahlen beziehen sich auf Fußnote 4). Allerdings sagt die Studie kaum etwas aus zu den konkreten Intentionen der Befragten und ihren Vorstellungen von gerechten und solidarischen Lösungen von sozialen, ökologischen und globalen Problemen. Schließlich könnte eine EU-Armee beim Abbau der nationalen Armeen die EU und ihre Mitglieder abrüsten helfen, aber gerade das wird von den NATO-, EU- und deutschen Militärs nicht gewollt. So will der German Council on Foreign Relations (Deutscher Rat für

³ <https://www.boell.de/de/2020/03/20/selbstverstaendlich-europaeisch>

Auslandsbeziehungen)⁴ verhindern, dass die Corona-bedingte Rezession für „die nationalen Verteidigungssektoren verheerende Auswirkungen“ haben könnte. Daher müssten die EU- und NATO-Staaten „gemeinsam und entschlossen handeln“. Für ein erfolgreiches Agieren seien zum einen der „europäische Zusammenhalt“ entscheidend, zum anderen die Haltung der USA gegenüber der NATO. „Die Krise bietet auch eine Gelegenheit, die europäische Verteidigungsstrategie neu zu bewerten, die Prioritäten zu verfeinern und die Rüstungskontrolle zu forcieren“, da die von Corona geschwächten Gegner möglicherweise eher geeintem Druck nachgeben könnten. „Deutschland sollte seine bevorstehende EU-Präsidentschaft nutzen, um die Bemühungen zum Schutz der Schlüsselkapazitäten für die Europäische Verteidigung und ihre Industrie zu führen. Es könnte eine pragmatische Neugestaltung der Instrumente wie den Europäischen Verteidigungsfonds und PESCO vorschlagen.“ (S. 1 – die Seitenzahlen beziehen sich auf Fußnote 4) Gerade angesichts der seit 2008 gewachsenen Anforderungen an die Verteidigung dürfe sich die Krise der militärischen Kapazitäten von vor 10 Jahren nicht noch einmal wiederholen. Hinzu komme eine gewisse Unberechenbarkeit der USA. Wegen deren schwieriger wirtschaftlicher Lage würden diese sich wahrscheinlich auf China als „die größte Bedrohung konzentrieren“ und sich aus Europa zurückziehen. Aber gerade China und Russland würden keine Zeit verlieren, um in ein sich auftuendes „sicherheitspolitisches“ Vakuum hineinzustoßen. Dies begründe zusätzlich das Erfordernis, die militärische Kooperation mit dem europäischen NATO-Mitglied und starken europäischen Land Großbritannien fortzusetzen und auszubauen. Das gelte auch und insbesondere, da die europäischen Fähigkeiten auf dem Gebiet der Rüstungsindustrie unter der einbrechenden Inlandsnachfrage und rückläufigen Investitionen in Forschung und Entwicklung (F&E) leiden. Darüber hinaus seien die Bedingungen zur Effizienzsteigerung und Erlangung von Größenvorteilen durch transnationale Fusionen und Aufkäufe auf Grund „nationaler Befindlichkeiten“ sehr ungünstig. Die Unternehmen würden sich entweder dazu entscheiden, sich aggressiv zu internationalisieren, um ihre Rüstungsexporte zu steigern oder sich aus dem militärischen Geschäft zurückzuziehen. Die Antwort müsse daher sein: „Zuerst Solidarität – Einrichtung von Leitnationen“ (S. 7) in Europa. Diese "Leitnationen" wären Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Um „das Herzstück der europäischen Verteidigung und Abschreckung zu schützen“, sollten die größeren Länder gleichsam Firewalls errichten zum Schutz der „kritischen militärischen Fähigkeiten wie Luft-Luft-Betankung, elektronische Kriegsführung, Luftverteidigung usw.“. Größere Staaten könnten kleineren etwa militärische Systeme leihen. Dafür wäre den kleineren Partnern zu garantieren, dass sie als Bündnispartner trotz der an die Größeren abgegebenen Fähigkeiten militärisch gesichert seien. Außerdem könnten sie auch Standorte für Unternehmen in der Lieferkette militärischer Systeme werden. Für all dies brauche man zunächst eine umfangreiche Bestandsaufnahme. Perspektivisch könne man erreichen, dass Europas Abhängigkeit von den USA nicht weiterwachse und dass seine eigene Flexibilität bei der Einrichtung und Nutzung militärischer Fähigkeiten zunehme. Zugleich würde dadurch auch die Kooperation von EU und NATO enger ausgestaltet, wobei die militärische Forschung und Entwicklung prioritär entwickelt werden müssten. Das könnte dann auch die USA und Russland zu neuen und effektiveren Verhandlungen über Rüstungskontrolle motivieren. Aber das verlange auch mehr Ambitionen auf den Gebieten Verteidigungsindustrie und militärische Fähigkeiten und beim Aufbau von (sehr differenziertem) Druck auf die USA und Russland. Erfolge würden relevant davon abhängig sein, wie Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft verstehe und nutze. „Deutschland

⁴ <https://dgap.org/en/research/publications/deterrence-and-defense-times-covid-19>

könnte vorschlagen, das Programm zur Entwicklung der Europäischen Verteidigungsindustrie und den Europäischen Verteidigungsfonds anzupassen, um den Ländern zu ermöglichen, kritische Fähigkeiten zu sichern. Beide Instrumente sollten auch für die Entwicklung und den Einsatz ... innovativer Konfliktlösungsstrategien in Betracht gezogen werden. Da Deutschland die Arbeit an PESCO geleitet hat, sollte es auch Ideen zur Anpassung von PESCO an die neuen Realitäten der post-COVID-19 Welt entwickeln. Darüber hinaus könnten Modelle für eine innovative Finanzierung entwickelt werden, damit die EU die Kosten für die Wartung oder das Leasing von militärischen Systemen decken könnte. Die EU könnte sogar der Operator für z.B. routinemäßige Transportflugzeuge und einige Infrastrukturen werden. Alle Maßnahmen sollten für Nicht-EU-Europäer offen sein ... (S. 8-9). Ergo: Laut German Council on Foreign Relations sollen mit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft die militärische Stärke und internationale Bedeutung der Bundesrepublik und der EU wachsen.

5. Ein Fazit

“Corona” ist eine Seuche, eine ökosoziale, demographische Reproduktionskrise: Ihre Ursache ist die Zerstörung des natürlichen Schutzraumes zwischen Tieren und Menschen. Ihre Verbreitung ist einerseits Folge konkreter Vergesellschaftung, also der zwischen den Menschen entwickelten Beziehungen, darunter in ihren besonderen Lebensorten und sozialen Zusammenhängen. Andererseits ist ihre unterschiedlich schnelle Verbreitung mit der Verschmutzung der Luft verbunden. Menschen erkranken und sterben, vor allem Ältere und Alte, Menschen mit schlechter gesundheitlicher Konstitution, ohne erforderliche medizinische Betreuung und hygienischen Mindestvoraussetzungen. Lebensgemeinschaften werden kleiner oder zerreißen, mit sehr unterschiedlichen (insbesondere seelischen) Belastungen für die Hinterbliebenen. Die Folgen der Corona-Krise sind *zum einen* Tendenzen zur Verstärkung gesellschaftlicher Hierarchien – nach sozialer, ethnischer und kultureller Herkunft, Geburts- und Lebensort, Geschlecht, körperlicher und mentaler Verfasstheit, Alter, weltanschaulicher und politischer Verortung, Funktion und Stellung im gesellschaftlichen Arbeitsprozess und in der Familie. Stärker werdende Hierarchien bedeuten Gewalt gegen Menschen. Die Folgen der Corona-Krise ergeben sich *zum anderen* aus Unterbrechungen bzw. Eingriffen in das gesellschaftliche Leben, insbesondere in das Wirtschaftsleben. Entsprechend der jeweils bestehenden Möglichkeiten werden eigene Verluste und Probleme auf Schwächere abgewälzt. Die Folgen der Corona-Krise sind zum anderen eskalierende Gewalt in vielfältigen Formen. Das Homeschooling ist zu einem Feld der Kommerzialisierung von Bildung geworden. Kommerzialisierung und Privatisierung öffentlicher Leistungen schreiten erneut geradezu sprunghaft voran (wenngleich noch eher in verdeckten Formen). Die sozialen und globalen Spaltungen – nach Einkommen, Vermögen und Eigentum – nehmen zu und werden auch weiterhin zunehmen. Die bürgerlichen Rechte wurden unter Angabe von Gründen des Schutzes der öffentlichen Gesundheit außer Kraft gesetzt – und damit wurde ein entsprechendes Verfahren zur „Sicherung von innerer Sicherheit“ erprobt. So gab und gibt es massive Eingriffe in den Datenschutz, ein diskriminierendes – oft gegen Menschen mit migrantischem Hintergrund gerichtetes – polizeiliches Vorgehen aus vorgeblichen Motiven eines erforderlichen Schutzes der öffentlichen Gesundheit. Der

Protest gegen die Einschränkung des öffentlichen Lebens ist häufig ein antiemanzipatorischer und mit Gewalt gegen Polizist*innen verknüpft. Das abschaltbare bzw. verletzliche Internet bzw. das Mobiltelefon wurden zu den einzigen universalen Kommunikationsquellen, aber auch zur Verbreitung von vielfach antisemitischen Verschwörungstheorien. Zugleich wird weiter an globale Spaltungen vertiefenden Freihandels- und Investitionsschutzabkommen gearbeitet, ebenso am "Schutz der geistigen Eigentumsrechte". Daneben finden neue Formen der Überwachung, "Atomwaffenmodernisierung" und weitere Aufrüstung, sowie konzipierte (und praktizierte) "Militäreinsätze" statt. Das ist noch keine umfassende Analyse, aber zeigt doch deren Dringlichkeit an – nicht zuletzt, weil es um die eigenen politischen Wirkungsbedingungen geht.

Dass sich die linken, emanzipativ-demokratischen Kräfte in Deutschland nicht mittelfristig auf gemeinsame politische Aktivitäten zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft vorbereitet haben, hat nicht primär mit 'Corona' zu tun, sondern mit der jeweils eigenen politischen Agenda, dem eigenen Selbstverständnis und Organisationsvermögen. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft aber kann und muss genutzt werden, um die Arbeit an neuen politischen Bündnissen weiter voranzutreiben. Und weil wir dabei helfen wollen, schlagen wir vor,

1. Jene zu unterstützen und europäisch vernetzen zu helfen, die demokratisch an solidarischen, gerechten, an zivilen wie sozial und ökologisch nachhaltigen Problemlösungen – nunmehr insbesondere für die COVID-19-Pandemie und Seuchen – arbeiten. Dazu gehören partizipative Prozesse und die Ermutigung von Frauen, ebenso wie die Befähigung von Jugendlichen und von gesellschaftlich Benachteiligten, daran aktiv teilzuhaben;
2. Jenen aktive Wertschätzung und Unterstützung zu geben, die sich engagieren für die öffentliche Gesundheit und ein solidarisches öffentliches Leben, für die Umsetzung der revidierten Europäischen Sozialcharta, der internationalen Konventionen und Abkommen zu den Menschenrechten und davon ausgehend für die Umsetzung des Pariser Klimadeals und der SGD 2030;
3. Gemeinsam mit NGO, sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, linken und anderen sozialpolitisch engagierten Abgeordneten und Mandatsträger*innen auf eine EU-weite Gesundheitspolitik und eine gemeinsame Seuchenbekämpfung hinzuwirken. Dazu gehört, zum einen die Forderung zu unterstützen, das Gesundheitsaktionsprogramm der EU als eigenständiges Programm einzurichten und im Rahmen des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2020-2027 auszufinanzieren. Zum anderen gehört dazu, dafür einzutreten, dass das Personal und die Kompetenzen der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) und des Europäischen Zentrums für Seuchenbekämpfung ausgeweitet werden. Der Appell der 140 Staats- und Regierungschef*innen an die WHO, allen Menschen den COVID-19-Impfstoff unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, soll linken Nachdruck erfahren;
4. Jenen zur Seite zu stehen, die einerseits von ihren Regierungen und der EU fordern, endlich engagiert fehlende gesundheitliche Betreuung, Wohnungslosigkeit und jegliche Form von Armut zu bekämpfen sowie sozialer Ausgrenzung und

Diskriminierung konsequent entgegenzuwirken. Dazu gehört, konkrete Gesetzgebungsinitiativen, die Beschäftigte, Arbeitsuchende, Frauen, Migrantinnen und besonders gefährdete Gruppen in ihren individuellen und kollektiven (insbesondere gewerkschaftlichen) sozialen und demokratischen Rechten stärken und die solidarischen Beziehungen unter ihnen unterstützen, zu forcieren. Das betrifft insbesondere die Neuregelung der „Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme“, die Überarbeitung der Europäischen Betriebsräterichtlinie, Gesetzesvorhaben zur Einführung einer Arbeitslosenrückversicherung und zur Einführung von Mindestlöhnen;

5. Gemeinsam mit den Akteuren der Friedensbewegung darauf zu drängen, dass die Regierenden und EU-Institutionen auf jegliche Aktivität, welche die Sicherheitsinteressen eines europäischen Landes gefährdet, verzichten. Das betrifft auch und insbesondere die Modernisierung der Atomwaffen und die Entwicklung neuer Waffensysteme;
6. Gemeinsam mit den Anhänger*innen der SGD 2030 dafür zu wirken, dass die Bekämpfung der menschheitlichen Existenzprobleme, insbesondere von Armut, Hunger, Unter- und Fehlernährung, von Krankheiten, von Vertreibung und insgesamt von Gewalt gegen die Menschen und von Zerstörung ihrer natürlichen Lebensbedingungen zur vorrangigen Priorität der offiziellen staatlichen und EU-Außenpolitik werden;
7. Gemeinsam mit den Organisationen für die Rechte der Geflüchteten von der EU und ihren Mitgliedern zu verlangen, die komplexen Fluchtursachen anzuerkennen, zu bekämpfen und diesen Ursachen entsprechend das Asylrecht zu gewähren. Geflüchtete sollten geschützt werden; aufnahmebereite Kommunen, die menschenwürdigen Aufenthalt und aktive Integration ermöglichen wollen, sollen umfassend unterstützt werden;
8. Gemeinsam mit der globalisierungskritischen Bewegung dafür einzutreten, dass seitens der EU und ihrer Mitglieder auf weitere Freihandels- und Investitionsschutzabkommen verzichtet wird, dass die Verhandlungen zu den geistigen Eigentumsrechten die Interessen der global Schwachen zum Ausgangspunkt nehmen, dass endlich das Lieferkettengesetz und der UN Binding Treaty (UN-Vertrag zur Regelung von Unternehmenstätigkeit) gegen die Konzern- und Finanzinteressen vereinbart und durchgesetzt werden;
9. Gemeinsam mit Umweltorganisationen für eine solche solidarische und ökologische Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik zu wirken, dass die Bürger*innen gesündere Lebensmittel erhalten und deren Produzent*innen ihre Leistungen existenzsichernd und gerecht vergütet bekommen. Die landwirtschaftliche Produktion und die Entwicklung ländlicher Räume sollen insgesamt mit mehr Tier-, Umwelt- und Naturschutz, mit größerer Ernährungssouveränität, mit sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit, mit dem Erhalt der Biodiversität und mit globaler Solidarität einhergehen;

10. Gemeinsam mit Initiativen von Gewerkschafter*innen und Umweltbewegten für eine neue Industriepolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten zu streiten, die auf sozialökologische Transformation, auf sozial- und ökologisch nachhaltige Entwicklung orientiert;
11. Gemeinsam mit den Akteuren von „Change Finance“ und den globalisierungskritischen Initiativen den politischen Druck auf die Institutionen und Mitglieder der EU zu erhöhen, über koordinierte effektive Steuerregelungen und Kontrollen sicherzustellen, dass die öffentlichen Haushalte gestärkt werden, um insbesondere die Gemeingüter auszubauen, die Kursnahme auf sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen und wirksam zu forcieren;
12. Mit und neben den zuvor genannten Aktivitäten sollen selbstverständlich Jene konsequent aktive Unterstützung erfahren, die auf Selbstorganisation, Schaffung und Erweiterung von Räumen für autonomes emanzipativ-solidarisches Handeln orientieren und sich dafür engagieren.

